

china report

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.

Heft 01|2007



Kanzlerin setzt Menschenrechte auf die Tagesordnung

Auch bei ihrem zweiten Chinabesuch und beim Empfang des Dalai Lamas bleibt Angela Merkel auf Kurs für die Menschenrechte

Von Martin Lessenthin*

Die Deutschen wissen: China ist eine Welthandelsmacht und zugleich der Menschenrechtsverletzer Nr. 1. Ein Jahr vor Beginn der Olympischen Spiele ist China unangefochten Weltmeister in Hinrichtungen, Folter, Überwachung seiner Bevölkerung, Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Gehirnwäsche, Zwangsarbeit und vielen anderen Disziplinen der Unterdrückung. Die deutsche Kanzlerin hat dies im Auge behalten und bei ihrem Besuch in Peking sowie beim Besuch des Dalai Lama in Berlin die Menschenrechtspolitik der VR China auf die Tagesordnung gesetzt.

Trotz vieler gegenteiliger Zusagen hat die chinesische Führung die Zeit seit Vergabe der Olympischen Spiele für die Verbesserung der Menschenrechtelage ungenutzt verstreichen lassen. Stattdessen zeigt die chinesische Regierung, dass sie um jeden Preis ein Propagandaspektakel ohne jeden Widerspruch erzwingen will.

Die zum Jahresbeginn ergangene Aufforderung der Parteispitze, die lokalen Behörden sollten gegen "störende Elemente" vorgehen und kritische Personen vor den Spielen aus Peking entfernen, zeigt, dass in Peking die Idee der olympischen Toleranz zu Grabe getragen wird. Fortschritte bei der Achtung der Menschenrechte sind nicht zu erkennen, die Lage hat sich seit der Vergabe der Spiele durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) 2001 vielmehr noch verschlechtert - und das, obwohl das IOC die Vergabe der Spiele an die Bedingung geknüpft hatte, dass sich die Menschenrechtssituation in China deutlich verbessern müsse.

Angela Merkel hatte bereits bei ihrem ersten Besuch in China im vergangenen Jahr den Handlungsspielraum deutscher Menschenrechtspolitik erweitert und gezeigt, dass ihre China-Politik eine andere Substanz besitzt, als

Kanzlerin Angela Merkel in Peking beim Treffen mit Ministerpräsident Wen Jibao.



die ihrer Vorgängers im Kanzleramt Gerhard Schröder und Helmut Kohl. Schröder hatte sich gegenüber der Pekingener Parteiführung in Demut und vorauseilendem Gehorsam geübt. In schlechter Erinnerung ist vor allem Schröders in Peking gemachte ebenso naive wie gefährli-



Angela Merkel empfängt den Dalai Lama in Berlin.



Chinesische Zwangsarbeiter angetreten zum Appell.

che Anregung, die Europäische Union solle endlich dass gegen die Volksrepublik verhängte Waffenembargo beenden.

Im Mai hat der Deutsche Bundestag eine Laogai-Resolution verabschiedet, in der die Volksrepublik China scharf für Menschenrechtsverletzungen durch ihr Umerziehungs- und Zwangsarbeitssystem verurteilt wurde.

Drei Monate nach der Laogai Resolution traf Bundeskanzlerin Angela Merkel in Peking selbstbewusst und demonstrativ Dissidenten und regimekritische Journalisten. Gegenüber Hu Jintao, dem Staats- und KP-



Hinrichtung in einem Zwangsarbeitslager.

Chef in Personalunion, betonte die Kanzlerin, dass Deutschland sich weiterhin eine Verbesserung der Menschenrechtslage im Reich der Mitte wünscht und dass die Fortschritte der chinesischen Menschenrechtspolitik ein Jahr vor den Olympischen Spielen von Peking unzureichend sind.

Merkel ließ sich von Peking nicht einschüchtern

Vier Monate nach der Laogai-Resolution hat sich Frau Merkel trotz der ärgerlichen Proteste von chinesischen Diplomaten und Regierung nicht einschüchtern lassen und den Dalai Lama im Berliner Kanzleramt empfangen. Frau Merkel ist in einem unfreien politischen System, in der kommunistischen DDR aufgewachsen. Sie weiss: Wer wie die Pekinger Führung wegen der Menschenrechtsfrage mit dem Einfrieren von politischen Beziehungen droht, entlarft sich selbst. Nur der amerikanische Präsident hatte bisher den Mut zu einem solchen symbolischen Akt.

Die Bundeskanzlerin hat den unterdrückten Chinesen, Tibetern und den Menschenrechten erneut einen hervorragenden Dienst erwiesen. Sie ist auf dem besten Weg zu einer Vorkämpferin für die Menschenrechte zu werden.

*** Der Autor, Martin Lessenthin, ist Vorstandssprecher der in Frankfurt am Main ansässigen IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.**

Die neue "Ethnische Säuberung" trifft die tibetischen Führungskräfte

"Anti-Dalai Lama"-Kampagne erreicht neuen Höhepunkt in Lithang

Wie die IGFM berichtete, werden in der südwesttibetischen Region Lithang ohne Angabe von Gründen tibetische Beamte in Führungspositionen durch chinesische Funktionäre ersetzt. Luo Yong Hong, Vorsitzender der Kreisregierung und Liu Xiao Kang, Parteichef des Kreises Lithang, wurden ebenso wie der Vorsitzende der Regionalverwaltung und der Polizeichef des Kreises zwangsversetzt; an ihre Stelle traten "ethnisch chinesische Beamte".

Auslöser dieser neuen Härte in der Vorgehensweise gegen Tibeter seien die angeblich separatistischen Proteste in der Stadt Lithang. Diese fanden jedoch bereits Anfang August statt und dennoch hält die "ethnische Säuberung" fast zwei Monate später an.

Die chinesischen Behörden haben jetzt eine Vielzahl von Zwangsmaßnahmen ergriffen, um gegen die angeblich vom tibetischen Volk ausgehende "separatistische Flutwelle" und die daraus resultierende instabile Lage in den Griff zu bekommen. Zu diesem Zweck wurden mehrere tausend Angehörige der bewaff-

neten Volkspolizei (PAP) nach Lithang verlegt. Ortsansässige Tibeter beklagen die erdrückende Atmosphäre, die durch die Verschärfung der Kritik am Dalai Lama durch eine von den chinesischen Behörden inszenierte 'Anti-Dalai Lama-Kampagne' verstärkt wird.

"Lang lebe der Dalai Lama" kann bis zu zehn Jahren Gefängnis kosten

Auslöser für die neue Unterdrückungswelle seien die angeblich separatistischen Proteste in Lithang, so die IGFM weiter. Bei diesen Protesten waren von Tibetern die Gewährleistung der Religionsfreiheit und der Freilassung von Gewissensgefangenen insbesondere die Freilassung des Tibeters Rongye Adraks gefordert worden. Adrak hatte öffentlich ausgerufen: "Lang lebe der Dalai Lama" und ist seither inhaftiert. Seine öffentliche Sympathiebekundung für das geistige Oberhaupt der Tibeter wird von den chinesischen Behörden als "ernstes Delikt" gewertet. Tibeter, die für seine Freilassung eintreten, werden mit einer Strafe von drei bis zu zehn Jahren Haft bedroht-

Bericht zur Praxis der Internetzensur in China

Reporter ohne Grenzen hat einen exklusiven Untersuchungsbericht veröffentlicht, der detailliert die offizielle chinesische Internetpolitik zu Zensur, Überwachung und Propaganda schildert. Ein chinesischer Techniker, der in der Internetbranche arbeitet und anonym bleiben möchte, hat das Dossier in Kooperation mit Reporter ohne Grenzen und der Organisation "Chinese Human Rights Defenders" erstellt.

Der Bericht "Eine Reise ins Herz der Internetzensur" zeigt, dass KP und Regierung immense finanzielle und menschliche Ressourcen darauf verwenden, freie Meinungsäußerung im Internet zu unterbinden. Sowohl regionale als auch landesweite Nachrichten-Webseiten und Blogs stehen unter redaktioneller Vormundschaft der staatlichen Propagandabehörden. "Das chinesische Zensursystem ist einmalig auf der Welt. Es zeugt von Verachtung gegenüber dem Geist der Freiheit, für den das Internet steht", so die beiden Organisationen.

"Regierung und KP müssen der chinesischen Bevölkerung ihr Recht auf Informations- sowie Presse- und Meinungsfreiheit gewähren und die Zensurmaßnahmen umgehend beenden." Trotz der Einschränkungen steigen die User-Zahlen: Über 160

Millionen Menschen nutzen in China das Internet und es gibt mindestens 1,3 Millionen Webseiten.

Der Bericht erklärt, wie dieses Kontrollsystem funktioniert und nennt die Hauptakteure, etwa das der Regierung angegliederte "Büro für Internetpropaganda" sowie das "Büro für Information und öffentliche Meinung" und das "Internetbüro" (beides Ableger der ehemaligen KP-Propagandaabteilung). Außerdem zeigt der Bericht, wie das Pekinger "Büro für Internetpropaganda" redaktionelle Kontrolle über die führenden Nachrichten-Webseiten der Hauptstadt ausübt. So werden etwa Beispiele für Anweisungen aufgelistet, die das Büro an die Verantwortlichen geschickt hat.

Ein Test mit Schlüsselbegriffen zur KP oder dem Tiananmen Massaker, den der Techniker auf drei verschiedenen chinesischen Internetseiten durchgeführt hat, zeigt, dass zwar noch Unterschiede bei der Internetzensur bestehen, die Behörden die Onlinemedien aber gezwungen haben, sich in allen sensiblen Bereichen selbst zu zensurieren. Abschließend wird empfohlen, Proxy-Server nutzen sowie Blogs, Diskussions-Foren und die Möglichkeit via Internet zu telefonieren. Auch sollte man sich die zwischen Provinzen und administrativen Zuständigkeiten unterschiedlichen Zensur-Niveaus zu Nutze machen.

Tien An Men

Die Rehabilitierung der Studenten und Demokraten ist längst überfällig, doch Pekings Führung will dies verhindern

Der 4. Juni 1989 war der Beginn der demokratischen Revolution in der Volksrepublik China



Friedlicher Protest für die Freiheit (links) und Niederschlagung auf dem "Platz des himmlischen Friedens" (rechts).

Geschäftsleute und Touristen sind angetan vom Boomland China, das ein unvergleichliches Wirtschaftswachstum und alte chinesische Kultur bietet. "Normale" Bürger leben fast unbehelligt, wenn sie staatliche Tabus wie den Monopolanspruch der Kommunistischen Partei, die Unterdrückung von Tibetern und Uiguren, die Bedrohung Taiwans und die Verfolgung von Falun Gong und unangepassten Christen nicht antasten und nicht nach dem Tien An Men-Massaker und der Rehabilitierung der Opfer fragen.

Vielen Chinesen ist es möglich, sogar zu touristischen Zwecken ins Ausland zu fahren. Im Gespräch mit den Reisenden können wir sogar kritische Töne vernehmen, mit denen sie ein Jahrzehnt zuvor eine Arbeitslagerhaft und zu Maos Zeiten den Kopf gekostet hätte.

Weltmeister in Hinrichtungen, Zwangsarbeit, Folter und Überwachung

Damit erscheint das Land mit der großartigen Kultur fast schon liebens- und lebenswert. Doch bei näherem Hinsehen wird dieser Eindruck getrübt: von Meldungen zu systematischer Folter, Massenhinrichtungen nach unfairen außergerichtlichen und sogar außergesetzlichen Verfahren. Weiterhin ist die Volksrepublik Weltmeister in Hinrichtungen ,

Folter, Überwachung und Zwangsarbeit. Weiterhin baut sie in Hongkong demokratische Freiheiten ab und bedroht Taiwan.

Bedrohtes Taiwan - Vorbild für die VRC

Die demokratisch regierte Insel Taiwan ist ein Vorbild für Festland-China. In Taiwan gibt es keine öffentlichen Hinrichtungen, politische Verfolgung oder gigantische Zwangsarbeitslager. Dort herrschen vielmehr Meinungs- und Pressefreiheit und Religionsfreiheit. Gerade deshalb ist die Inselrepublik der Pekinger Führung ein Dorn im Auge. Sie nutzt ihre Machtposition in den Vereinten Nationen um Taiwan international zu isolieren. Das Anti-Abspaltungsgesetz zeigt, dass die Pekinger Führung bereit ist, Waffen auch völkerrechtswidrig gegen selbst genannte feindliche Ziele einzusetzen. Die Volksrepublik China ist daher kein zuverlässiger Partner, dem europäische Waffen anvertraut werden dürfen. Das EU-Waffenembargo darf nicht aufgehoben werden.

Verfolgung, Folter, Tod

Der IGFM ist bekannt, dass weiterhin Angehörige ethnischer Minderheiten, die auf ihre kulturelle Autonomie pochen, von Gefängnis bedroht sind. Christen, die sich aus Glaubensgründen nicht in staatlich kontrollierten und beeinflussten Organisationen, sondern in privaten Hauskirchen zusammenfinden, drohen Enteignung und Umerziehungslager. Falun Gong-Praktizierende werden auf



Panzer gegen unbewaffnete Studenten: Das Tien An Men Massaker 1989.

unterschiedliche Weise gefoltert. Über eintausendfünfhundert von ihnen sind an den Folgen dieser Misshandlungen gestorben.

Tausende Oppositionelle leiden in überfüllten Gefängniszellen

Paare, die sich ohne behördliche Genehmigung zu einem Kind entschließen, werden zum Teil misshandelt, enteignet und mit Geldstrafe belegt. Für Frauen folgt die Zwangsabtreibung, für beide Partner die Zwangssterilisation. Bauern, die zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen, sind die Verlierer des Aufschwungs. Als Opfer lokaler Amtsträger müssen sie ohne Rechtsgrundlage überhöhte Abgaben entrichten, Bestechungsgelder bezahlen, Futter- und Düngemittel zu überhöhten Preise einkaufen und ohne ausreichende staatliche Unterstützung leben, wenn ihnen die berufliche Existenz genommen wird.

Arbeiter und Arbeitslose, von denen seit Jahrzehnten über 100 Millionen auf der Suche nach einem Job durchs Land ziehen, befinden sich gleichfalls im Schatten des China-Booms. Wer aus dieser astronomischen Zahl dieser sozial Schwachen im Land auf seine Rechte aufmerksam macht, eine Interessensvertretung bildet und auf die Straße geht, wird als Staatsfeind behandelt. Das heißt, dass die Staatsmacht Schusswaffen einsetzen kann, Verhaftungen vornimmt, wegsperert und foltert.

Der Leidensdruck steigt unaufhörlich

Menschenrechte sind diesen Gruppen somit vorenthalten. Der Leidensdruck nimmt aber Jahr für Jahr zu. Durch Inkrafttreten einiger wirtschaftlicher Vorschriften, die sich aus Chinas Mitgliedschaft in der World Trade Organisation ergeben, dürfte es in Zukunft zu einer wirtschaftlichen Verschärfung kommen. Trotz aller Drohungen, Ablenkungsmanöver mit nationalistischen Kriegsdrohungen und Einschränkungen der Informations- und Kommunikationskanäle werden die Proteste zunehmen und

die sogenannte "staatliche Sicherheit" gefährden - dieser Trend zeichnet sich bereits heute deutlich ab.

Selbst die totale Überwachung kann die Diktatur nicht ewig schützen

Es nützt der Kommunistischen Partei Chinas somit nichts, wenn das Internet mit Filtern gegen Menschenrechtsorganisationen, Dissidenten, Falun Gong, ausländische Ideen ausgestattet wird. Es ist für die Machthaber bereits zu spät, wenn die Presse noch immer Weisungen zur Berichterstattung erhält. Es ist nutzlos, wenn die TV-Propaganda Lügen verbreitet, wenn die Realität vor der Haustüre fast für jeden Chinesen erkennbar ist.

Nur Menschenrechte schaffen Stabilität. Freier Diskurs ist die Voraussetzung für wirtschaftliche und politische Entwicklung. Wenn dieser Diskurs über Jahrzehnte durch die kommunistische Führung zum Zweck des Machterhalts blockiert wird, schafft sie selbst die Voraussetzungen für ihren Abgang. Denn nicht nur die verarmten Kreise, sondern auch die wachsende Mittelschicht und selbst etliche Parteimitglieder warten auf einen günstigen Moment zur Beseitigung der totalitären KP-Herrschaft oder zumindest zu einer Auflockerung der monopolisierten Macht.

Die Fortsetzung der friedlichen Revolution kommt. Der 4. Juni ist der Jahrestag einer vertagten, aber nicht gescheiterten Revolution. Sie in China zu erwähnen und die Rehabilitation der beteiligten Demokraten zu fordern, führt zu staatlicher Verfolgung. Was aber passiert, wenn es keine Chance mehr gibt, die Wahrheit zu blockieren? Was passiert, wenn China Menschenrechte und Demokratie erstritten hat? Was werden die Mächtigen von heute einem Strafrichter zu sagen haben, der sie wegen schwerster Menschenrechtsverletzungen befragt? Die Machthaber in Peking sind ein Fall für den Internationalen Strafgerichtshof und sie wissen dies. Logisch, dass die VR China zu den Mächten gehört, die dieses internationale Gericht von Anfang an bekämpft haben.

Martin Lessenthin

Die Ein Kind Politik der VRC

Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisierungen verletzen elementare Menschenrechte

Von Felix Volgmann

Unter dem damaligen Vorsitzenden der kommunistischen Partei, Hua Guofeng, wurde Ende 1979 vom Nationalen Volkskongress Chinas das Gesetz zur Ein-Kind-Politik beschlossen. In der Anfangsphase (1979-1983) startete die Partei eine Massenkampagne, um der Bevölkerung das neue Gesetz zu vermitteln.

Von den Regierungsbehörden wurde die Kampagne mit verschiedenen Maßnahmen konsequent durchgesetzt. Infolgedessen kam es häufig zu Übergriffen und Gewaltakten von Seiten der Behörden. So wurden zur Senkung der Geburtenzahlen zahlreiche Zwangsabtreibungen sowie darauf folgende Zwangssterilisierungen durchgeführt. Für diesen Zweck wurden sogar mobile Kliniken eingerichtet, die durch die verschiedenen Provinzen fuhren und in denen Abtreibungen auf dem Land durchgeführt werden konnten.

Finanzielle Strafen, Arbeitsplatzverlust und "Ein-Kind-Prämien"

Mit Anreizen, vor allem aber harten Sanktionen wurde versucht, die chinesische Bevölkerung zum Befolgen der neuen Regelung zu zwingen. Das Gesetz beschränkt das Mindestheiratsalter für Frauen auf 20 Jahre, für Männer auf 22 Jahre. Paare, die ein Kind bekommen möchten, müssen dies vor der Geburt bei der entsprechenden Behörde beantragen. Als Anreiz zur Befolgung des Gesetzes wurde eine Ein-Kind-Prämie eingeführt, die jedoch aufgrund von Inflation heute nur etwa 1 Prozent des durchschnittlichen Jahreseinkommens eines Arbeiters entspricht. Verstöße gegen das Gesetz werden mit hohen Strafen wie z.B. Arbeitsplatzverlust, Lohnabzug beider Ehepartner, erhöhten Steuerquoten oder Geldstrafen von bis zu 6 Jahreseinkommen geahndet.

"Mädchen sind weniger wert"

Ausnahmeregelungen der Ein-Kind-Politik greifen nur, wenn eine Familie auf dem Land zuerst ein Mädchen bekommt. In diesem Fall darf sie ein zweites Kind bekommen. Gleiches gilt auch für den Fall, dass das erste Kind behindert ist. In einigen Provinzen gibt es weitere Sonderregelungen. Seit 1990 unterliegen nun auch die anfangs noch von der Regelung ausgenommenen ethnischen Minderheiten, wie z.B. die Mongolen, die Miao, die Mandchu und die Uiguren, der Ein-Kind-Politik.

Die Folgen dieser Regelung sind vielfältig: Es ist ein deutliches Ungleichgewicht bei den Geburten festzustellen. So kommen auf 119 Jungen (in ärmeren Provinzen sogar auf 138 Jungen) gera-

de einmal 100 Mädchen. Dies beruht auf dem traditionellen Wunsch bzw. häufig der Notwendigkeit, einen (helfenden) Sohn als Nachfolger zu haben. Zwar wurde das Bestimmen des Geschlechts des ungeborenen Kindes offiziell verboten, allerdings änderte sich nichts an dem Verhältnis der Geburtenzahlen, sodass anzunehmen ist, dass dies weiter gängige Praxis ist. Demzufolge wird ein Mädchen nach der Feststellung seines Geschlechts häufig abgetrieben, nicht gemeldet, oder in ein Waisenheim gesteckt.

"Da in Zukunft Millionen chinesischer Männer keine Frau mehr finden werden, steht zu befürchten, dass ein drastischer Anstieg der Prostitution und des Menschenhandels die Folge sein wird. Dies hätte dann nicht nur Auswirkungen auf China, sondern auch auf die angrenzenden Staaten wie Nordkorea sowie die Staaten Vietnam und Thailand, in denen viele Frauen schon jetzt entführt und zur Prostitution in China gezwungen werden.

Vor allem bei den zahlenmäßig schwach vertretenen ethnischen Minderheiten führt die Ein-Kind-Politik zum langsamen Aussterben der Bevölkerungsgruppe. Insbesondere bei den Minderheiten werden verstärkt Abtreibungen von behinderten Föten sowie erzwungene Sterilisierungen von Frauen mit Erb- oder Infektionskrankheiten gemeldet. Häufig werden unter dem Deckmantel der Ein-Kind-Politik Gewalttaten durch chinesische Behörden an Angehörigen ethnischer Minderheiten begangen.

Es entsteht eine Generation von Einzelkindern, die durch ihre Familie verwöhnt werden und nur eine schwach ausgeprägte



Der blinde Menschenrechtsaktivist Chen Guangcheng kämpft für die Opfer von Zwangsabtreibungen.

Sozialkompetenz aufweisen. Die Kinder werden "kleine Kaiser" genannt.

Die Gesellschaft überaltert infolge der reglementierten Geburtenzahlen. Dies wird für China, welches keine ausgeprägten Sozialsysteme vorweisen kann, zu einem ernsthaften Problem. Später müssen die im Berufsleben stehenden Einzelkinder nun für ihre beiden Eltern, oftmals auch für die noch lebenden Großeltern, sorgen und sie unterstützen.

Dokumente über Zwangsabtreibung werden unterdrückt

Allen Beteuerungen der Pekinger Regierung zum Trotz finden auch heute noch massenweise Zwangsabtreibungen in China statt. Im April dieses Jahres wurde ein weiterer Fall bekannt: Zahlreiche Frauen berichteten, sie seien von Behörden mitgenommen und in ein südchinesisches Krankenhaus gebracht worden, in welchem dann ihr ungeborenes Kind im Mutterleib durch Injektionen getötet wurde. Chinesen, die gegen die Ein-Kind-Politik demonstrieren, werden bedroht, verfolgt und ge-



Eine chinesische Bäuerin wird Opfer einer Zwangsabtreibung.

schlagen. Im August 2006 wurde der blinde Menschenrechtsaktivist Chen Guangcheng festgenommen und zu mehr als 4 Jahren Haft verurteilt, weil er Berichte der chinesischen Dorfbewohner über Abtreibungen und Zwangssterilisationen dokumentiert hatte.

Aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Betrifft u. a. Zwangsabtreibungen:

Artikel 1

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2

Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebiets, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Artikel 3

Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 12

Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 25

[...] Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Betrifft u. a. Zwangssterilisationen:

Artikel 5

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Vor den olympischen Spielen 2008 in Peking geht der Völkermord weiter

Im Juni wurden 20 Todesfälle von Falun Gong-Praktizierenden infolge der Verfolgung durch das kommunistische Regime Chinas bekannt. Medienberichten zufolge wurde der stellvertretende Staatssicherheitsminister Liu Jing beauftragt, Falun Gong vor den Olympischen Spielen 2008 in Peking auszulöschen.

Die Anweisung kommt vermutlich von höchster Ebene, von Leuten wie dem Politbüromitglied Luo Gan, der die Anti-Falun-Gong Politik von Jiang Zemin weiterführt.

Darüber hinaus gibt es erdrückende Indizien, die für einen groß angelegten Organraub an lebenden Falun Gong-Praktizierenden sprechen. Die entnommenen Organe werden nach der Entnahme und anschließender Tötung der unwissenden Opfer gewinnbringend verkauft. Die IGFM berichtete bereits darüber. Eine Dokumentation kann im unabhängigen Kilgour-Matas Bericht "Blutige Ernte" nachgelesen werden.

Noch immer sind Falun Gong-Praktizierende äußerst schweren Menschenrechtsverletzungen durch das chinesische Regime ausgesetzt. Die angewandten Foltermethoden umfassen Elektroschocks, Schläge, sexuelle Misshandlung einschließlich Vergewaltigung, Aufhängen mit Handschellen an der Decke, tagelanges Festbinden in der "fliegender Adler"-Position und Schlafentzug über mehrere Wochen hinweg; hinzu kommen Zwangsarbeit bis zu 20 Stunden täglich und Gehirnwäschesitzungen, die beschönigend als "Umerziehung" bekannt sind. Vier dieser gemeldeten Todesfälle werden in der Folge beispielhaft dargestellt:

Die Lehrerin Wei Fengju stirbt infolge von Folter und Verwahrlosung

Frau Wei Fengju arbeitete als Lehrerin in der Dongfeng Mittelschule Nr. 4 in der nordost-chinesischen Provinz Jilin. Am 30. Dezember 1999, fünf Monate nach Beginn der Verfolgung von Falun Gong durch das kommunistische Regime, wurde Sie rechtswidrig für ein Jahr in die Erste Abteilung des Heizuizi Zwangsarbeitslagers (Stadt Changchun) inhaftiert, in dem Sie täglich 17 bis 20 Stunden arbeiten musste. Sie wurde mittels Elektrostäben misshandelt, ihr Körper wurde dadurch verunstaltet.

Nach ihrer ersten Freilassung im März 2001 setzte die Polizei die Belästigung und Schikane fort. Ihr Arbeitgeber verweigerte ihre Wiederanstellung und Frau Wei musste ohne Gehalt für ihren 15-jährigen Sohn sorgen. Im Januar 2002 wurde Frau Wei zum zweiten Mal willkürlich festgenommen und für drei Jahre im Heizuizi Zwangsarbeitslager inhaftiert. Nach ihrer Entlassung im Januar 2005 wurde Sie im Oktober 2005 das dritte Mal nach Heizuizi gebracht, dieses Mal für einhalbes Jahr. Während der Haftzeit verstarb ihre Mutter, aber Frau Wei durfte nicht an ihrem Begräbnis teilnehmen. Auch erlaubte das Lager nicht einen einzigen Besuch ihres 70 Jahre alten Vaters.

Infolge der anhaltenden Haft bekam Frau Wei heftige Magenschmerzen und konnte nicht mehr essen. Sie fragte

nach einem Arzt, was jedoch abgelehnt wurde. Am 30. April 2007 wurde sie in einem extrem abgemagertem Zustand entlassen. Ihre körperliche Verfassung verschlechterte sich rapide und sie starb am 12. Juli 2007 um 16.15 Uhr im Alter von 50 Jahren.

Die Hauptverantwortlichen und Teilnehmer der Misshandlungen, die zum Tod von Frau Wei führten sind:

Zhang Baocheng, Sekretär des örtlichen Politik- und Rechtskomitees Zhang Zhiting, Dongfeng Polizeidirektor Pan Dong, Leiter der Dongfeng Polizeistation Li Wensheng, Leiter des 610-Büros in Dongfeng, Gu Jiahai, Chef des Nationalen Sicherheitsteams

Frau Wang Minli stirbt, nachdem man ihrer Familie mitgeteilt hat, dass sie nicht vor Beginn der Olympischen Spielen freigelassen würde

Frau Wang Minli, 43 Jahre alt, war ehemalige Sekretärin der kommunistischen Jugendliga bei der städtischen Pelzfabrik in Jilin (Provinz Jilin). Seit 1999 war sie mehrere Male verhaftet und verfolgt worden. Der damalige UNO-Sonderberichterstatter hat am 21. Mai 2003 ihre Freilassung gefordert.

Am 15. März 2007 wurde Frau Wang erneut von einer Gruppe von Beamten der Nationalen Sicherheitsabteilung der Polizeibehörde im Bezirk Changyi festgenommen. Sie wurde in einem polizeilichen Trainingszentrum in Jilin inhaftiert und geschlagen. Darüber hinaus wurde ihr Senföl in die Augen gegossen, was zur Erblindung eines Auges führte.

Nach ihrer Verhaftung fragten die Familienangehörigen bei der nationalen Sicherheitsabteilung nach ihrem Befinden. Die Beamten gaben zur Antwort, dass sie sie vor den Olympischen Spielen 2008 weder verurteilen, noch freilassen würden. Frau Wang verstarb plötzlich am 19. Juni 2007 gegen 14:00 Uhr.

Nach zwei Wochen Haft stirbt Frau Fu Guiju

Die Falun Gong-Praktizierende Fu Guiju, 58 Jahre alt, starb am 18. Juni 2007. Sie war Rentnerin in der Stadt



Wei Fengju vor der Folter (Bild oben) und am 11. Juli 2007, einen Tag bevor sie starb (Bild unten)



**Fu Guiju, verstorben am
18. 18 Juni 2007**

Zhangjiakou, Provinz Hebei. Acht Jahre lang waren sie und ihr Mann Opfer der Verfolgung, in und außerhalb von Arbeitslagern.

Am 12. Mai 2007, als Frau Fu in der Wohnung einer älteren Mitpraktizierenden gerade ein Falun Gong Buch las, drangen plötzlich Beamte in die Wohnung ein und ergriffen die beiden. Frau Fu wurde ins Shisanli Haftzentrum der Stadt Zhangjiakou gebracht. Sie wurde so schwer gefoltert, dass sie in Lebensgefahr geriet.

Am 21. Mai 2007 erhielten ihre Angehörigen die Erlaubnis, sie nach Hause zu holen. Noch bevor sie sich jedoch erholt hatte, wurde sie von Beamten der Polizeiabteilung im Bezirk Qiaoxi am 4. Juni aus ihrer Wohnung geholt. Zwei Wochen später, am 19. Juni 2007, informierte die Süd Mingde Polizeistation ihre Familie, dass Frau Fu am Tag zuvor verstorben sei.

Bisher nicht bestätigten Meldungen zufolge soll Frau Fu im Shisanli Haftzentrum zwangsernährt worden sein. Diese Foltermethode wird von Gefängniswärtern oder Gefängnisinsassen durchgeführt. Dazu wird ein harter Plastikschlauch durch die Nase oder den Mund eingeführt und über den Rachen bis in den Magen geschoben. Dann werden die unterschiedlichsten Dinge wie wässriger Brei, Salzwasser bis hin zu menschlichem Urin und Fäkalien eingeflößt. Obwohl noch nicht alle Einzelheiten bekannt sind, scheint es sich im Fall von Frau Fu auch so zugetragen zu haben.

Verantwortliche Personen, die den Tod von Frau Fu herbeigeführt haben:

Zhang Yifan, Leiter der Qiaoxi Polizeistation, Stadt Zhangjiakou
 Zhong Senlin, Leiter der Sicherheitsabteilung
 Zhang Liang, Leiter der Staatsanwaltschaft im Bezirk Qiaoxi, Stadt Zhangjiakou
 Meng Gang, Mingde Polizeistation
 Cui Weidong, Leiter des Haftzentrums der Stadt Zhangjiakou

Nach seiner Entlassung aus dem Changlinzi Zwangsarbeitslager starb Chang Yongfu.

Chang Yongfu, 44 Jahre alt, lebte im Bezirk Mulan, in der Provinz Heilongjiang. Er verschickte und verteilte am 26. Juli 2004 Flugblätter gegen die Verfolgung von Falun Gong, woraufhin die Beamten der Polizeistation Nr. 1 des Bezirks Mulan

in seine Wohnung einbrachen, ihn verhafteten und in das berüchtigte Changlinzi Zwangsarbeitslager in der Stadt Harbin brachten. Wächter und Insassen verprügelten ihn viele Male brutal und er erlitt einen Nervenzusammenbruch. Die führenden Beamten im Arbeitslager, darunter auch jene von der Abteilung für Gehirnwäsche, der Kontrollabteilung und eine Gruppe von Wächtern, versammelten sich in der Abteilung 4.

Einige von ihnen trugen Elektroschocker und Gürtel mit Schulterriemen [breite Ledergürtel, benannt nach General Sir Samuel J. Browne, 1824 - 1901, britische Armee in Indien]. Der Leiter der Bildungsabteilung hielt eine Ansprache, um die Neuorganisation der Abteilung 4 zu verkünden, gefolgt von dem Wächter Niu Tiejun, der eine "Studie" über Arbeitslagertaktiken durchführte. Mitten im Gruppenlesen passte den Beamten plötzlich das Verhalten eines Falun Gong-Praktizierenden nicht. Sie befahlen den Insassen, 12 Falun Dafa-Praktizierende, darunter Yao Shiguo, Chang Yongfu, Na Zhenxian und He Qinghui, in einen zuvor vorbereiteten Raum zu schleppen. Dort wurden sie brutal verprügelt und bedroht.

Die Lagerbeamten behaupteten, Herr Chang Yongfu sei geistig "nicht in Ordnung" und schickten ihn in das "Büro 610" des Bezirks Mulan. Agenten des "Büros 610" brachten ihn heimlich in die Nervenheilanstalt der Stadt Dongxing im Bezirk Mulan. Nach einiger Zeit wurde er in die Puning Nervenheilanstalt in Jiangbei, Stadt Harbin, verlegt. Dort wurden ihm gegen seinen Willen Injektionen verabreicht.

Die Verantwortlichen der Nervenheilanstalt forderten die Schwester von Chang Yongfu dazu auf, ihn im Oktober nach Hause zu holen, weil Herr Chang Yongfu einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte. Seine Nase war geschwollen und seine Sehkraft schwach. Er konnte nicht mehr schlafen und er schrie nur noch Unverständliches. In lichten Momenten sagte er, er wisse nicht, welche Drogen ihm verabreicht wurden. Sein ganzer Körper fühlte sich schrecklich an; seine Nase, sein Kopf und seine Augen schmerzten entsetzlich. Er blutete fortwährend aus der Nase und erblindete auf beiden Augen.

Nach dem Tod von Chang Yongfu suchten seine zwei Schwestern das "Büro 610" des Bezirks Mulan auf. Die Agenten des "Büros 610" sprachen mit Beamten des Büros der Zivilverwaltung und sagten der Familie, sie sollten Chang Yongfu's Körper in ein Krematorium bringen.

Dies ist ein weiteres Verbrechen, das von der Bezirkspolizei in Mulan, dem "Büro 610", den Beamten des Changlinzi Zwangsarbeitslagers in der Stadt Harbin und dem Personal der Nervenheilanstalten in der Provinz Heilongjiang verübt wurde.

Für den Tod von Herrn Chang Yongfu sind verantwortlich: Wang Jianhua, Leiter des Polizeidezernats für den Bezirk Mulan, Zhang Weizhu: Politsekretär am Polizeidezernat, Wang Xiaofeng: Stellvertretender Politsekretär am Polizeidezernat, Personal der Nervenheilanstalten in der Provinz Heilongjiang

Chang Yongfu nachdem er aufgrund eines Nervenzusammenbruchs aus der Nervenheilanstalt Jiangbei entlassen wurde. Er verstarb kurze Zeit später.

Waltraud Ng

Volksrepublik China bricht den Menschenrechtsdialog ab

Aus Zorn über den Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die chinesische Regierung nach "Spiegel"-Informationen den für Dezember in Peking geplanten Menschenrechtsdialog mit Deutschland abgesagt. Nach Auffassung der IGFM, die mehrfach einen Fortschrittsbericht über diesen "Scheindialog" gefordert hatte, ist diese Form der Begegnungen zwischen deutschen und chinesischen Juristen bislang ohne jeden messbaren Erfolg verlaufen.

Wie das Hamburger Nachrichtenmagazin berichtete, soll dies ausdrücklich unter Hinweis auf das Gespräch des geistlichen und weltlichen Oberhauptes der Tibeter mit

Merkel im Berliner Kanzleramt geschehen sein. Laut "Spiegel" sind Regierungsstellen in Peking vor allem darüber empört, dass Merkel das geplante Treffen bei ihrer China-Reise Ende August nicht angekündigt habe. Dem Bericht zufolge hat Merkel aus Sicht von Peking mit dem Empfang eine "rote Linie" überschritten.

Nun erwarte man von der Bundesregierung "Schritte", um die Spannungen zu beheben. Die chinesische Regierung sieht durch Unabhängigkeitsbestrebungen Tibets die Souveränität ihres Landes bedroht und bewertet den Dalai Lama als Separatisten. China hatte das Gebiet in den 50er Jahren gewaltsam annektiert.

Dalai Lama im US-Kongress geehrt - VR China ist verärgert

Der Dalai Lama ist mit der Goldmedaille des US-Kongresses geehrt worden. US-Präsident George W. Bush nahm an der Verleihung der höchsten zivilen Auszeichnung des Parlaments teil. Damit traf er sich als erster Präsident der USA öffentlich mit dem Oberhaupt der Tibeter.

Eine Begegnung der beiden im Weißen Haus galt ebenso wie zwei frühere Treffen als privat. Peking verurteilt die Ehrung des Dalai Lama als "grobe Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten" und bestellte den US-Botschafter ein. Bush forderte die Volksrepublik in seiner Rede vor dem US-Kongress auf, sich "ein für allemal um die Lösung der tibetischen Frage zu bemühen". Dazu solle die Regierung das geistliche und weltliche Oberhaupt der Tibeter zu Gesprächen nach China einladen.

Der Dalai Lama bedankte sich im Namen des tibetischen Volks beim US-Kongress und Bush für die Unterstützung in den vergangenen Jahrzehnten. Die Goldmedaille werde "den Tibetern unbändige Freude bereiten und sie in ihrem Streben nach religiöser und kultureller Autonomie ermutigen und bestärken".

Vorwürfe der chinesischen Regierung, er habe die Autonomie Tibets zum Ziel, wies der Dalai Lama zurück: Das sei "unwahr und falsch." Im Vorfeld hatte die chinesische Führung verlauten lassen, die Auszeichnung durch den US-Kongress sei eine Farce. Außenminister Yang Jiechi sagte, die USA würden durch den Empfang des Tibeters "die Gefühle des chinesischen Volkes ernsthaft verletzen und in Chinas innere Angelegenheiten eingrei-

fen". Bereits Anfang der Woche sagte China seine Beteiligung an internationalen Gesprächen über den Atom-Konflikt mit dem Iran "aus Termingründen" ab.

Am Donnerstag wurde der US-Botschafter in China einbestellt. Peking sieht im Dalai Lama, der seine tibetische Heimat beim chinesischen Einmarsch 1959 verlassen musste, einen Separatisten. Ein Treffen des Oberhauptes der Tibeter mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat jüngst auch das deutsch-chinesische Verhältnis belastet. (KNA -12024)



Der Dalai Lama empfängt die in Medaille des amerikanischen Kongreß in Washington.

China

Dr. Wang Bingzhang

Lebenslange Haft für verschleppten Bürgerrechtler



Der chinesische Bürgerrechtler Dr. Wang Bingzhang ist am Montag, den 10. Februar 2003, zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Der 55 Jahre alte Wang ist einer der prominentesten Aktivisten der chinesischen Demokratiebewegung. Das mittlere Volksgericht in Shenzhen in Südchina warf ihm in einem Geheimprozess vor, „eine terroristische Gruppe organisiert und angeführt“ und Spionage für Taiwan betrieben zu haben. Mit Wang ist erstmals ein Bürgerrechtler wegen angeblichem Terrorismus angeklagt und verurteilt worden. Es ist außerdem die härteste Strafe für einen weithin bekannten politischen Gefangenen seit Wei Jingsheng 1979 zu 15 Jahren Haft verurteilt worden ist.

Die Anschuldigungen gegen Wang sind „grotesk“. Der in den USA lebende Bürgerrechtler Wei Jingsheng wies unter anderem darauf hin, dass die chinesischen Behörden für ihre Anschuldigungen keine Beweise vorgelegt hätten. Die Volksrepublik China führt im Gegensatz zu den sowjetischen Schauprozessen, die der kommunistischen Propaganda dienten, Geheimverfahren durch, ohne Beweise, ohne Zeugen, ohne Verteidigung und ohne Rechte.

Dr. Wang Bingzhang studierte Medizin in Kanada und lebte seit 1982 in den USA. Er gründete die erste exilchinesische Organisation für Demokratie, die Chinesische Allianz für Demokratie, und ist Mitbegründer des demokratischen Magazins, China Spring, das unter chinesischen Intellektuellen populär ist. Im Juni 2002 ist er zusammen mit zwei Mitstreitern unter ungeklärten Umständen in Vietnam aus seinem Hotel entführt und nach China verschleppt worden. Die drei Bürgerrechtler hatten sich mit Führern der im Entstehen begriffenen chinesischen Arbeiterbewegung treffen wollen. Wang war schon zuvor zweimal wegen seiner politischen Ansichten in China inhaftiert worden.

Mit meiner Unterschrift fordere ich die sofortige und bedingungslose Freilassung von Dr. Wang Bingzhang.

| Vor-, Nachname | Straße | Plz, Ort | Unterschrift |
|----------------|--------|----------|--------------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Bitte schicken sie mir weitere Infos über die Arbeit der IGFM. (Bitte ankreuzen)

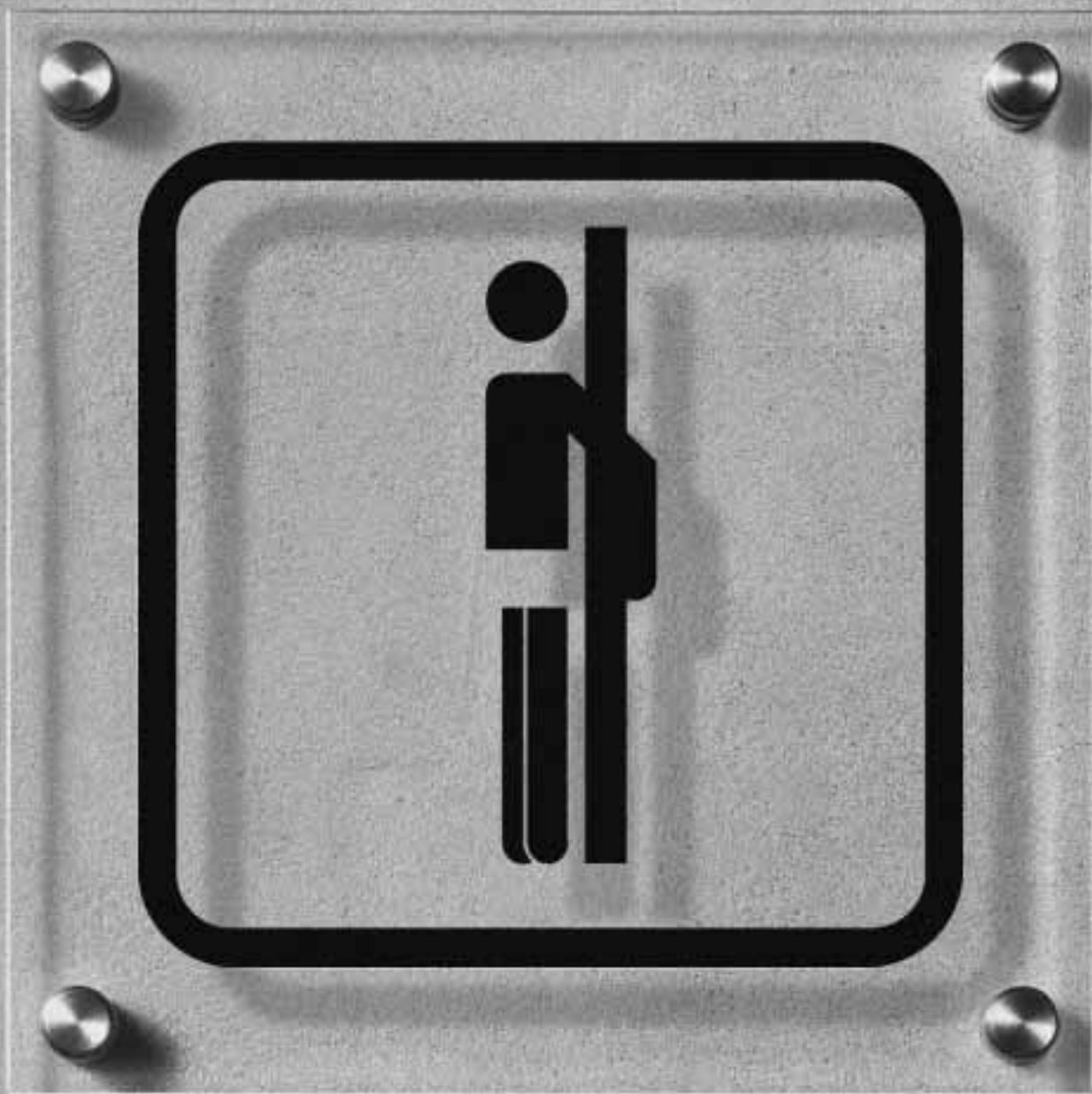
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Bitte (auch unvollständig) einsenden an die: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt/M., Tel.: 069-420108-0, Fax: 069-420108-33, eMail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de





China trainiert für Olympia.



China ist Ausrichter der Olympischen Spiele 2008. Und schon jetzt Weltmeister im Foltern und Hinrichten. Spenden Sie für die Menschenrechte: IGFM, Kto.23 000 725, Taunus-Sparkasse. Infos unter 069/420 10 80.



VR China: Renzheng Jiang

Aus Deutschland abgeschoben - drei Jahre Zwangsarbeit in China



Renzheng Jiang mit seiner Frau und seinen beiden Kindern

Renzheng Jiang gehört der buddhistischen Meditationsschule Falun Gong an. Er wurde am 7. März 2005 zusammen mit seiner Frau und seinen beiden Kindern in die VR China abgeschoben. Dort werden Falun Gong-Praktizierende systematisch verfolgt. In Deutschland wurde der Familie das Asylrecht verweigert, weil die Behörden keine Gefährdung dieser Falun Gong-Praktizierenden sahen.

Am 9. April 2005 wurde Herr Renzheng Jiang wegen der Ausübung von Falun Gong und der damit verbundenen Anschuldigung „Gefährdung der allgemeinen Sicherheit“ ohne Rechtsverfahren zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt und in ein Arbeitslager in der Stadt Benxi gebracht. Seitdem die KP Chinas am 20. Juli 1999 mit der Verfolgung von Falun Gong begonnen hat, sind schon mehrere 100.000 Menschen

verhaftet worden. Im April 2005 waren 1.583 Opfer namentlich bekannt, die in Arbeitslagern, Polizeistationen und psychiatrischen Anstalten durch äußere Gewalt ums Leben kamen. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte fordert die sofortige Freilassung von Renzheng Jiang.

Mit meiner Unterschrift appelliere ich für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Herrn Renzheng Jiang, für die Gewissensfreiheit in der VR China sowie für die Beendigung der Verfolgung von Falun Gong.

Bitte schicken sie mir weitere Infos über die Arbeit der IGFM. (Bitte ankreuzen)

| Vor-, Nachname | Straße | Plz, Ort | Unterschrift |
|----------------|--------|----------|--------------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Bitte (auch unvollständig) einsenden an die: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt/M., Tel.: 069-420108-0, Fax: 069-420108-33, eMail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de



IMPRESSUM

Herausgeber:

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9
D-60388 Frankfurt a.M.



Tel: 069-420 108 0
Fax: 069-420 108 33
email: info@igfm.de
internet: www.igfm.de

Redaktion:

Martin Lessenthin (Leitung)

Waltraud Ng, Felix Volgmann, Arne Meyer, Peter Recknagel, Adelheid Dönges (Übersetzungen).

Layout und Satz:

Ulrike Lessenthin

Der Nachdruck der hier veröffentlichten Texte, auch auszugsweise, ist unter der Bedingung gestattet, daß unsere Publikation als Quelle genannt wird. Wir bitten um die Übersendung von zwei Belegexemplaren. Mit Verfasseramen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen

Links für Chinainteressierte:

www.laogai.org Website der Laogai Research Foundation

www.igfm-muenchen.de Nachrichten aus Tibet

www.

Weitere Informationen

- Ja, ich möchte die IGFM näher kennen lernen. Bitte schicken Sie mir weitere Informationen zu.
- Bitte schicken Sie mir regelmäßig den kostenlosen Informations-Brief "für Menschenrechte".
- Ja, ich möchte die Zeitschrift "menschenrechte" abonnieren, für 13,30 Euro pro Jahr oder im Förderabonnement für Euro _____ Die erste Ausgabe erhalte ich kostenlos zur Probe. Ich kann das Abonnement jederzeit kündigen.
- Ich möchte die Arbeit der IGFM finanziell unterstützen

Ich möchte Mitglied werden als:

- Einzelmitglied (50 Euro/ Jahr; ermäßigt für Schüler, Studenten, Wehrpflichtige und Auszubildene: 20 Euro/ Jahr, kostenlos bis 18 Jahre)
- Familienmitglied (75 Euro/ Jahr) mit Personen
- förderndes Mitglied mit einem Jahresbeitrag von 60 Euro oder _____Euro

Mit der Satzung und den Zielen der IGFM bin ich einverstanden und beantrage hiermit die Aufnahme. Zugleich erkläre ich, dass ich die freiheitliche Grundordnung anerkenne und keiner extremistischen Vereinigung angehöre

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/ Ort: _____

Tel: _____ Fax: _____

Email: _____

Beruf: _____ Geburtsdatum: _____

Unterschrift: _____

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V Borsigallee 9 60388 Frankfurt/ Main meine Jahresspende in Höhe von _____ Euro durch Lastschrift

Girokontos Nr: _____
bei _____
BLZ _____.

Die erste Abbuchung soll ab _____ erfolgen.
Diese Ermächtigung kann von mir jederzeit widerrufen werden.

Bitte füllen Sie den Coupon aus und senden Sie ihn in einem Briefumschlag oder per Fax an die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main oder per Fax an: 069 / 420108-33



China trainiert für Olympia.

China ist Ausrichter der Olympischen Spiele 2008. Und schon jetzt Weltmeister im Foltern und Hinrichten. Spenden Sie für die Menschenrechte: IGFM, Kto. 23 000 725, Taunus-Sparkasse. Infos unter 069/420 10 80.

